Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 95 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 385. Halle, Donnerstag, den 19. August 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Journalistische Rempelsucht.

Nach der „Hallischen Allgemeinen Zeitung" hat nun auch die deutschnationale „Hallische Zeitung" sich bemüßigt gefunden, uns wegen unseres Leitartikels in der Sonnabend-Abendnummer „Die Magdeburger Lügenzentrale und die Parteien" — anzurempeln. Wir können für die Art, wie das genannte Blatt sich mit unseren Ausführungen beschäftigt, wirklich keine andere Bezeichnung finden. Es ist der Ton, der die Musik macht, sagt ein altes wahres Sprichwort. Es ist der Ton, den bestimmte hiesige Blätter in der Preßpolemik für angebracht halten, der die politischen Erörterungen speziell in Halle auf ein beschämend niedriges Niveau gedrückt hat. Wenn schon im politischen Leben die inneren Erregungen tiefer zu greifen pflegen, als es sonst der Fall ist, so ist und bleibt es dennoch für den Bildungsstand und die Kulturhöhe eines Volkes bezeichnend, wie sich diese Erregungen Ausdruck schaffen und in Worte umsetzen, mit denen man mündlich oder schriftlich um die Klärung der Probleme ringt. Wer die Materie geistig beherrscht, wird ein Vergnügen darin finden, in ruhigen, gut durchdachten, sachlichen Ausführungen mit dem mit gleichem Ernst fechtenden politischen Gegner die geistigen Klingen zu kreuzen. Von dieser Art des Kampfes wird die Allgemeinheit stets Gewinn haben, und es wird von ihm eine erzieherische Wirkung auf die Massen ausgehen, die nicht zu unterschätzen ist. Der Kampf mag, bildlich ausgesprochen, mit dem Florett, dem leichten Schläger oder dem schweren Säbel ausgefochten werden, wenn sich bei ihm Leute gegenüberstehen, die noch Sinn für ritterliches Verhalten und menschlichen Anstand haben, wird er sich immer in Grenzen bewegen, die eben — anständig sind.

Eine der vornehmsten Pflichten des Journalistenberufes ist es nun, sich der erzieherischen Bedeutung der Presse bewußt zu sein und in der Polemik einen Ton zu wahren, der dem Kulturniveau des Volkes, dessen Interesse man wahrzunehmen hat, entspricht. Gegen diese journalistische Pflicht wird von gewissen hiesigen Blättern nicht erst seit heute, sondern schon seit langem in einer Weise gesündigt, die den anständigen Journalisten die Röte der Scham und Empörung in die Wangen treiben muß. Es ist nicht mehr das Klingen des ritterlichen Kampfes mit geistigen Waffen, das wir da heraus hören. Es ist der rübe Ton der Gasse, des hinterwäldlerischen Preßproletentums, das System des „Arizona Kikers" unseligen Angedenkens, der mit ritterlichen Waffen nicht mehr umzugehen verstand, sondern mit Gummiknüttel und Revolver seinen politischen Widersachern zu Leibe ging.

Der Artikelschreiber der „Hallischen Zeitung" beginnt seine Polemik mit einem Satz, den wir unseren Lesern zur Kennzeichnung seiner Schreibweise nicht vorenthalten wollen. Er schreibt: „Anscheinend hat der Verfasser durch die Sommerschwüle der letzten Wochen schwer gelitten, denn sonst würde er nicht sein Nest derartig, wie geschehen, beschmutzen." Wir können es getrost unseren Lesern überlassen, zu beurteilen, ob diese Art des Kampfes noch ritterlich und anständig genannt werden kann, oder ob sie in die andere Art journalistischen Gebarens eingeordnet werden muß. Der Artikelschreiber mag sich ungeheuer witzig und geistreich vorkommen und mag sich in maßloser Selbstüberhebung noch etwas darauf zugute tun, daß er es dem politischen Gegner „einmal ordentlich gegeben" hat. Wenn seine Auffassung von den journalistischen Anstandspflichten und von der Würde der deutschen Presse ihm in dieser Art zu kämpfen gestattet, so kann er uns nur leid tun und kann von uns nicht verlangen, daß wir uns in der Zukunft in eine Polemik mit ihm einlassen. Zu sachlichen Auseinandersetzungen sind wir jederzeit gern bereit, unsere Leser werden es aber verstehen, wenn wir der Polemik mit Leuten aus dem Wege gehen, die nicht wissen, was sich für einen deutschen Journalisten in einer Großstadt geziemt.

Ehe der Schreiber dieser Zeilen seine journalistische Tätigkeit in Halle aufnahm, hatte er gelegentlich einer Rundreise als Wahlredner in Südhannover Gelegenheit, Urteile über das Niveau des politischen Kampfes in Halle zu hören, die nicht gerade schmeichelhaft für eine Stadt waren, die als Universitätsort doch einen geistigen Mittelpunkt in Deutschland zu bilden meint. Man schüttelte namentlich den Kopf über den Tiefstand der Preßpolemik, die sich in persönlichen Verunglimpfungen und Verleumdungen nicht genug tun konnte, statt in durchgeistigter Art, wie es einer Bildungszentrale würdig gewesen wäre, an die Lösung der politischen Probleme heranzugehen. Auch hierin offenbarte sich eine Art politischer Demoralisation, die man noch vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten und von der man nicht geglaubt hätte, daß sie beim deutschen Volke überhaupt Widerhall finden könnte. Daß das trotzdem der Fall gewesen, läßt sich nur damit entschuldigen, daß die seelischen Folgen des Krieges immer noch nicht überwunden sind.

Im allgemeinen Interesse, im Interesse des Ansehens der deutschen Presse und der deutschen Kultur legen wir auf das entschiedenste Verwahrung ein gegen die Art persönlicher Verunglimpfung, die in einem Teile der hallischen Presse zutage tritt, und werden es in Zukunft ablehnen, von Angriffen dieser Art überhaupt nur Notiz zu nehmen. Dem Mahnruf, mit dem wir unseren Leitartikel der Sonnabend-Abendnummer schlossen: „Weg mit der Lüge und Verleumdung, Rückkehr zur Wahrheit und Ehrlichkeit auch im politischen Leben" fügen wir heute noch die weitere Mahnung an: Heraus mit dem rüden Ton der Gasse aus den deutschen Zeitungen, denn er ist der Würde der deutschen Presse und der deutschen Kultur unwürdig.

⊙

Warschau in den Händen der Sowjettruppen?

Neidenburg, 17. Aug. Der russische Generalstab hat an den Stab der 4. Roten Armee in Wilna die offizielle telegraphische Meldung gelangen lassen, daß die Sowjettruppen am Abend des 15. August von Praga aus nach schweren Kämpfen in Warschau eingerückt seien. Der offizielle Bericht fügt hinzu, daß die Arbeiterschaft Warschaus die russischen Truppen mit Jubel begrüßt und gewaltige Demonstrationen für eine Sowjetrepublik Polen veranstaltet habe. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Königsberg, 18. August. Die Meldungen über den Fall Warschaus haben bisher noch keine Bestätigung gefunden. Die Polen hatten mit ihrer Gegenaktion auf der Linie Plonsk-Modlin-Ciechanow guten Erfolg, da um Ciechanow erneut gekämpft ward, ist die Verteidigung Warschaus nach Norden zu bedeutend erleichtert. Schwere Kämpfe sind auf der Linie Radzymin-Okuniew, östlich von Warschau, noch im Gange. An der Wieprz, südöstlich von Warschau, hat die polnische Gegenoperation jedenfalls begonnen. In Westpreußen ist die Stadt Strasburg von den Russen genommen worden. Die Russen machten viele Gefangene. Die Polen ziehen sich, von den Russen verfolgt, in Unordnung zurück. Nördlich von Wlozlawek hat die russische Kavallerie die Weichsel erreicht.

Englands Trennung von Frankreich.

Paris, 17 Aug. Der „Manchester Guardian" erfährt zur gegenwärtigen Lage — seine Auslassungen erwecken den Anschein, als ob sie offiziös inspiriert seien — folgendes:

Frankreich hat uns verlassen. Wir verfolgen unseren Weg ganz allein. Wir erwarten heute die Ergebnisse der Konferenz von Minsk. Wenn es uns scheinen wird, daß die Russen in der Tat die Unabhängigkeit und Freiheit Polens respektiert haben, werden wir sobald als möglich die Handelsverhandlungen fortsetzen, die in der Tat Verhandlungen sind, welche auf einen Frieden hinzielen. Diese Verhandlungen werden wahrscheinlich in ein bis zwei Wochen beendet sein. Wir werden dann unsere Vertreter nach Moskau senden, und wenige Wochen später wird die politische Anerkennung der Sowjetregierung erfolgen. Sie wird zweifellos stattfinden, und wie Italien werden auch wir die Sowjetregierung anerkennen. Wir werden die Anerkennung unseren Botschaftern zusenden.

Montag mitternacht veröffentlichte die Agence Havas folgende offizielle Mitteilung:

Der englische Gesandte kam um 7 Uhr abends zum Generalsekretär des Ministeriums des Aeußern. Nach seiner Ankunft wurde die polnische Angelegenheit und die Lage des Generals Wrangel erörtert. Lord Derby und Paléologue prüften verschiedene Möglichkeiten, die den beiden Regierungen die Grundlage einer gemeinsamen Aktion ermöglichen könnten, um ihre Politik in Osteuropa fortzusetzen.

Das Communiqué erläutert, daß die Situation im Osten Europas noch immer ungeklärt sei und ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich noch immer nicht erzielt werden könnte. England verzichte nicht darauf, sich mit der Sowjetregierung zu verständigen. Es beharre auch darauf, daß die Polen die Friedensbedingungen Kamenews annehmen sollten, und wolle von einer Anerkennung des Generals Wrangel nichts wissen.

Amsterdam, 18 August. „Telegraaf" meldet: Lloyd George hat Kameuew auf sein Schreiben vom 15. August mitgeteilt, daß England nicht beabsichtige, General Wrangel zu einer Offensive zu ermutigen. England wolle den Feindseligkeiten in Ost-Europa ein Ende machen und zum Ausdruck bringen, daß die Krim nicht von Rußland getrennt werden dürfe.

Die französischen Sozialisten gegen Clemenceau und Millerand.

Paris, 18. Aug. Zu der Forderung der sozialistischen Kammerfraktion, die Kammer sofort einzuberufen, wird berichtet, daß die Fraktion einstimmig beschlossen habe, sofort eine Interpellation über die Ausweisung der englischen Delegierten einzubringen, sowie eine Interpellation über die ungesetzliche Haltung der Regierung gegenüber der russischen Revolution. Im Verfolg dieser Interpellationen wird die sozialistische Kammerfraktion verlangen, daß die Ministerien Clemenceau und Millerand in Anklagezustand versetzt werden.

Die englische Arbeiterbewegung gegen den Krieg.

London, 17. August. In der Zentral Hall fand am Sonntag eine Versammlung der englischen Arbeiterschaft statt, die ein Merkstein in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung sein wird. Zum erstenmal waren alle Arbeiter Englands in dieser Konferenz vertreten. Es waren 1044 Delegierte anwesend, die 6 Millionen Arbeiter vertraten, und es wurde ein Aktionsrat eingesetzt, der tatsächlich den Charakter eines Sowjetexekutivkomitees hat. Nach einer langen Debatte wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Arbeiter ihrer Zufriedenheit darüber Ausdruck geben, daß Sowjetrußland die Unabhängigkeit Polens anerkennen will, und in der die absolute Garantie verlangt wird, daß keine englischen Streitkräfte gegen Rußland geschickt werden. Des weiteren beschäftigt sich die Resolution mit der Blockade und der eventuellen Anerkennung Sowjetrußlands und erklärt sich die Konferenz gegen die Allianzen mit Frankreich oder irgend einem anderen Land zum Zwecke des Sturzes der Sowjetregierung oder zur Unterstützung Polens oder des Generals Wrangels in irgend einer Form. Adamson erklärte, daß die Gefahr eines Krieges nun endlich überstanden sei: „Wir erklären der britischen Regierung definitiv und kategorisch, daß wir gegen jede Politik sind, die den Sturz der Sowjetregierung zum Ziel hat und wir werden jeden Schritt tun, der notwendig ist, um das zu verhindern." Clynes führte aus, daß die Arbeiterschaft nunmehr vor eine Alternative gestellt sei. Der Völkerbund habe sich außerstande gezeigt, die Arbeiter vor dem Krieg zu retten, nun bleibe nichts anderes übrig, als daß die Arbeiter sich selbst durch einen effektiven Weltbund der Arbeiter retteten. Die Entschließung, die gefaßt worden ist, bedeutet für England nicht nur den Generalstreik, sondern eine Drohung gegen die konstitutionelle Regierung des Landes und eine Herausforderung gegen die Verfassung Englands. Die Arbeiter beklagten die Notwendigkeit, so handeln zu müssen, erklärten aber, vorbereitet genug zu sein, um das Risiko dieser direkten Aktion auf sich nehmen zu können, welches auch die Folgen sein möchten. — Gleichzeitig trifft die Meldung ein, daß sowohl die amerikanischen wie auch die belgischen und französischen Transportarbeiter sich weigern werden, Transporte von Truppen und Kriegsmaterial zu befördern.

Sympathie-Kundgebung pazifistischer und kultureller Organisationen.

Berlin, 17. August. Eine Reihe von Organisationen hat sich zu folgender Kundgebung zusammengeschlossen: Die unterzeichneten Verbände begrüßen mit Sympathie die jetzt in allen Ländern zutage tretende Tendenz, durch Verweigerung jeder praktischen Mitwirkung an kriegerischen und terroristischen Handlungen, sowie der Vorbereitung dazu, die Möglichkeit der Kriege aufzuheben und somit die Abschaffung der Kriege wie der blutigen Gewalt überhaupt durch die Selbstbestimmung der Völker einzuleiten. Dieser Aufruf ist unterzeichnet vom Bund Neues Vaterland, von der Deutschen Friedensgesellschaft, dem Deutschen Monistenbund, Ortsgruppe Berlin, dem Republikanischen Führerbund, der Freien Arbeiter-Union, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, den pazifistischen Studentenverbänden in Berlin, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., der Humanistischen Gemeinschaft, der Internationalen Union, dem Bund der Kriegsdienstgegner, der Oesterreichischen Gesellschaft für Friedenserziehung, dem Russischen Verein „Mir i Trud" (Friede und Arbeit), dem Freidenkerverein Schweinfurt, dem Bund der Konfessionslosen und von der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung.

Transportarbeiter-Internationale gegen Kriegserneuerung.

An die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder!

Die internationale Transportarbeiterföderation erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Der im März d. J. in Kristiania abgehaltene Internationale Transportarbeiterkongreß hat einstimmig beschlossen, daß die Internationale Transportarbeiterföderation und die ihr angeschlossenen Organisationen alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden werden, um eine Erneuerung des furchtbaren Hammers zu verhüten, den der Weltkrieg über die Völker gebracht hat.

Der Augenblick, um diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, ist gekommen!

Die kapitalistischen Regierungen versuchen, durch tatkräftige Unterstützung des polnischen Reiches, das Rußland angefallen und nun die Folgen seines imperialistischen Strebens zu tragen hat, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln.

Der Vorstand der Internationalen Transportarbeiterföderation läßt an die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder den dringenden Ruf ergehen, alle Versuche derjenigen, die das Proletariat neuerlich zur Schlachtbank führen wollen, mit allen Mitteln zu vereiteln.

Verweigert die Beförderung jeglichen Kriegsmaterials, das die kapitalistischen Machthaber nach Polen schicken wollen! Verweigert die Beförderung aller Soldaten, die die Ententeregierungen gegen Rußland ins Feld senden möchten!

Beweist Eure internationale Solidarität!

Gegen die militaristische Gewalt der kapitalistischen und imperialistischen Regierungen die einmütige Arbeitsverweigerung des international organisierten Proletariats!

Danzigs Neutralität.

Danzig, 18. August. Der Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten der verfassunggebenden Versammlung hat in seiner heutigen Versammlung beschlossen, den Oberkom-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200819036/fragment/page=0001

missar Sir Reginald Tower zu ersuchen, in dem Kriege zwischen Russland und Polen für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig strenge Neutralität zu erklären und diesen den beteiligten Mächten unverzüglich Kenntnis zu geben. Der Beschluß wurde in Abwesenheit der Vertreter Polens gegen die Stimmen der U. S. P. D. gefaßt. Auf Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wird die verfassunggebende Versammlung zu Freitag, den 20. August zu einer Vollsitzung einberufen werden. Der einzige Punkt der Tagesordnung wird eine Besprechung der außenpolitischen Lage sein.

Die oberschlesische Neutralität.

Berlin, 18. Aug. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, steht die deutsche Regierung seit mehreren Tagen mit der interalliierten Kommission in Oppeln in Verhandlung über die Wahrung der Neutralität im oberschlesischen Abstimmungsgebiet. Die interalliierte Kommission hat versichert, daß sie etwa die Grenze überschreitende Truppen der kriegführenden Mächte entwaffnen und internieren würde und daß sie auch jede Unterstützung der kriegführenden Mächte aus dem Abstimmungsgebiet heraus oder durch das Abstimmungsgebiet hindurch, z. B. durch Zufuhr von Munition, Rekrutierung usw., verhindern würden.

Die Lage in Oberschlesien.

Kattowitz, 18. August. 10 Uhr vormittags war die Lage ruhig, doch sehr gespannt. Hauptmann Leist, der Adjutant der ersten Abteilung der Sicherheitswehr, wurde bei dem Versuch, die Menge am Bahnhof zu beruhigen, durch Herzschuß getötet. Bisher war es unmöglich, die Zahl der Opfer einwandfrei festzustellen, da die Toten und Verwundeten zumeist nach Privatwohnungen geschafft worden sind.

Ueber die gestrigen Ereignisse werden von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten mitgeteilt: Trotz der Warnung der Führer bestand die Menge darauf, durch die von der Polizei und französischen Kavallerie abgesperrte Friedrichstraße zu ziehen. Vor dem Kordon am Gebäude der interalliierten Kommission stante sich die Menge und verlangte die Freigabe der Straße. Die französische Kavallerie ging mit blanker Waffe vor und trieb die Menge auseinander, die aber sofort wieder nachdrang. Als ein Zug Gymnasiasten und junger Mädchen unter Absingung der Wacht am Rhein in die Friedrichstraße einschwenken versuchte, drang die Menge nach. Plötzlich fielen Schüsse, worauf die Menge in wilder Flucht ausse nanderlief. Bis 8 Uhr abends waren mit Sicherheit drei Tote und 15 Verletzte festgestellt. Die interalliierte Kommission hat auf acht Tage das Erscheinen des „Oberschlesischen Wanderer" und vier weiterer oberschlesischer Zeitungen verboten.

Ein Danzig-Polnisches Zusatzabkommen.

Danzig, 18. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der Text der Danzig-polnischen Convention ist von der verfassunggebenden Versammlung dem Oberkomissar Sir Tower zur Weitergabe an den Völkerbund überreicht worden. Ein Danzig-polnisches Zusatzabkommen im Verfolge des vorläufigen Abkommens vom 22. April 1920, das über seine Grenze des 22. August hinaus stillschweigend weiterläuft, ist soeben abgeschlossen worden. Das Zusatzabkommen betrifft Eisenbahnfragen, wie die Abfertigung von Durchgangswagen, Gepäck- und Tarifvereinbarungen, Transporte von Gütern, Vieh usw.

Bevorstehende Bildung der Kommission für das Ruhrgebiet.

Paris, 17. Aug. (Eig. Meld.) Die französische Presse veröffentlicht eine Note der Wiedergutmachungskommission, in der es heißt: Das in Spa am 16. Juli von den Vertretern der verbündeten Regierungen und den deutschen Vertretern unterzeichnete Kohlenprotokoll sieht u. a. die Errichtung einer Kommission in Essen vor, in der Deutschland ebenfalls vertreten sein soll, und die zur Aufgabe hat, die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der deutschen Bergarbeiter zu bessern. Die Wiedergutmachungskommission habe das Notwendige veranlaßt, damit die Mitglieder der Alliierten für diese Kommission ernannt werden und sie hat die deutsche Regierung aufgefordert, auch ihre Vertreter zu bezeichnen. Es sind alle Maßnahmen ergriffen worden, um es der genannten Kommission zu ermöglichen, ihre Arbeiten in Essen aufzunehmen.

Die Ueberschichten im Bergbau.

Essen (Ruhr), 18. August. Die Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiter-Organisationen über die Regelung des Ueberschichtenwesens, Bezahlung der Sonntagsarbeit und der Uebertagarbeit sollen in dieser Woche unter Teilnahme des Reichsarbeitsministeriums wieder aufgenommen werden. Eine Konferenz der im Zentralverband der Maschinisten und Heizer organisierten Uebertagarbeiter habe beschlossen, vom 1. September an jede Sonntagsarbeit einzustellen, wenn bis dahin der geforderte 100prozentige Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit nicht bewilligt worden ist.

Die Magdeburger Spitzelaffäre.

Halle, 18. August. Die Prüfung des Materials, das bei dem Leutnant Eger beschlagnahmt wurde, hat den Zusammenhang des Treubundes, der Studentenverbindungen und ähnlicher Verbände mit den militärischen Stellen ergeben. Wenn es zum Loschlagen kommen sollte, sollten die Mittel hierzu aus militärischen Fonds genommen werden. In einer zahlenmäßigen Aufstellung wurde berechnet, daß die Escherich-Organisationen des Landesschützen-Korps, die Zeitfreiwilligen und die Einwohnerwehren mit dem Militär, auf das man rechnen könne, ungefähr eine halbe Million Mann ergeben würden. Die Versuche zur Bildung von Einwohnerwehren werden trotz des Verbotes z. B. im Kreise Langensalza, fortgesetzt, und es ist festgestellt, daß sie von der Reichswehr durch Waffentransporte unterstützt wurden. Der Leiter der neuaufgestellten Einwohnerwehren in Kirch-Hainingen gab dort folgende Parole bekannt: Die Arbeiterfront schließt sich immer dichter, militärischen Schutz haben wir nicht zu erwarten. Es haben sich deshalb Neueinteilungen nötig gemacht. Es braucht sich aber keiner zu beunruhigen. Es werden zwei bis drei Wochen vergehen, ehe es losgeht. Ein Bericht über diese Vorfälle ist dem zuständigen Militärgericht in Berlin zur weiteren Veranlassung zugegangen. Im Kreise Liebenwerda und bei Elsterwerda besteht eine bewaffnete Geheimorganisation, für die besonders zwei Seminaristen gearbeitet haben, und die über Waffen von dem früher auf dem Truppenübungsplatz Scheidhein stationierten Freikorps Pflock kommen sollen.

Magdeburg, 18. August. In der gestern fortgesetzten Vernehmung des verhafteten Chefs Altmann von der sogenannten Spitzelzentrale hat dieser zu Protokoll gegeben, daß er von Ziesenitz aufgefordert wurde, belastendes Material gegen den Oberpräsidenten Hörsing und den Magdeburger Polizeipräsidenten Krüger zu sammeln, die aus vaterländischen Gründen möglichst bald von ihren Posten entfernt werden müßten. — Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Magdeburg gibt eine Entschließung bekannt, wonach er jede Verbindung mit dem Spitzeltum energisch ablehnt. Der geschäftsführende Ausschuß prüft zurzeit, ob und inwieweit Mitglieder der Partei an der Magdeburger Affäre beteiligt sind.

Die Neubelebung der Schiffahrt.

Der alte tatenfrohe Hanseatengeist konnte keinen glänzenderen Beweis für seine erstaunliche Elastizität, Widerstandskraft und Fähigkeit erbringen, als er in der für unsere ganze Volkswirtschaft bedeutungsvollen Tatsache liegt, daß es trotz aller unerhörten inneren und äußeren Schwierigkeiten nun doch gelungen ist, die alten deutschen Schiffahrtslinien von neuem zu beleben. Freilich haben uns die Feinde unsere stolze Handelsflotte mit Gewalt abgenommen, hinterher jedoch haben die Einsichtigeren unter ihnen augenscheinlich sehr wohl erkannt, daß es mit der Besitzergreifung der Schiffe allein nicht getan ist. Sie vermochten uns zwar das tote Material zu rauben, um es indessen zweckentsprechend und erfolgreich zu verwerten, fehlte es ihnen an dem Geist und vor allem auch an jener an unermüdlicher Betätigung mühsam errungenen Erfahrung, über die unsere großen Bremer und Hamburger Reedereien in so reichem Maße verfügen. Die smarten Amerikaner besannen sich daher nicht lange, zur besseren Ausnutzung der ihnen zugefallenen deutschen Schiffe mit deren früheren Eigentümern geschäftliche Uebereinkommen abzuschließen, die beiden Kontrahenten entsprechende Vorteile sicherten. Mögen nun auch unsere ehemaligen Schiffe einstweilen leider unter amerikanischer Flagge fahren, für uns und unser wirtschaftliches Gedeihen muß zurzeit die Eröffnung im Mittelpunkt stehen, daß unter den obwaltenden Umständen allein derartige Verträge unsere großen Häfen vor der drohenden Ausschaltung aus dem internationalen Seeverkehr bewahren konnten. Aehnlich wie die Hamburg-Amerika-Linie mit dem amerikanischen Hartman-Konzern hat auch der Norddeutsche Lloyd in Bremen mit der United States Mail Steamship Co. einen Vertrag abgeschlossen, und in deutschen Schiffahrtskreisen steht man diesen Verbindungen deutscher Arbeit mit amerikanischem Unternehmungsgeist sehr hoffnungsvoll entgegen. Wie soeben gemeldet wird, soll am Dienstag der ehemalige deutsche Lloyddampfer „Rhein", jetzt „Susquehanna" genannt, aus Amerika in Bremerhaven eintreffen. Damit tritt dann zum ersten Male auch äußerlich die Verbindung der deutschen mit der amerikanischen Schiffahrt in die Erscheinung.

Vor der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes.

Das vom Reichstag beschlossene Entwaffnungsgesetz ist am 11. August mit seiner Veröffentlichung in Kraft getreten. Wenn es gleichwohl seinem Hauptzweck nach noch nicht in Wirksamkeit getreten ist, so erklärt sich dies daraus, daß das Gesetz es dem mit seiner Ausführung beauftragten „Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung" vorbehält, die Termine für die Ablieferung festzusetzen und eine genaue Definition dessen zu geben, was unter dem Begriff „Militärwaffe" zu verstehen ist. Das Gesetz bedarf demnach noch einer Reihe von Ausführungsbestimmungen, die der Reichskommissar unter Teilnahme des ihm vom Reichstag an die Seite gesetzten fünfzehnköpfigen parlamentarischen Beirats aufzustellen hat. Diese Ausführungsbestimmungen werden, wie wir hören, wohl schon in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Es ist damit zu rechnen, daß gleichzeitig die Aufforderung zur Ablieferung der Waffen an die Bevölkerung ergehen wird.

Es ist nun anzunehmen, daß man nicht gleich mit aller Strenge des Gesetzes vorgehen wird. Vermutlich wird man eine gewisse Frist für die freiwillige Abgabe der Waffen festsetzen und zunächst mit den Mitteln der Ueberredung und vielleicht auch der Belohnung möglichst viel im Guten zu erreichen suchen. Es ist zu hoffen, daß man in allen Schichten für die Notwendigkeit des Gesetzes, zu dessen Erlaß und Durchführung Deutschland durch die Unterschriften von Versailles und Spa gezwungen ist, soviel Verständnis finden wird, daß sich größerer Widerstand nirgends bemerkbar macht. Sollte dedauerlicherweise dieser Fall noch eintreten, so gibt das Gesetz dem Reichskommissar sehr weitreichende Befugnisse in die Hand. Er hat die Verfügung über die gesamten Machtmittel des Reiches und der Länder, über Reichswehr und Sicherheitspolizei.

Deutsches Reich.

Antisemitische Denunzation.

Nachdem die Antisemiten das Mitglied der Nationalversammlung, Fräulein von Gerke, aus der deutschnationalen Fraktion herausgebissen haben, weil ihr Stammbaum nicht ganz „einwandfrei" ist, unternehmen sie jetzt einen Angriff auf die deutschnationale Abgeordnete Margarete Behm, die die Judenhetze nicht mitmachen will. Der sattsam bekannte Kunze veröffentlicht zu diesem Zweck in seinem „Deutschen Reichsblatt" folgende Briefsoktennotiz: „Herrn C. in D. Die christlichen Gewerkschaften haben leider die Hauptursache unserer Leiden, die jüdische Ausbeutungspolitik, auch noch nicht erkannt. Es dürfte Sie vielleicht interessieren, daß zum Beispiel Margarete Behm uns Judengegnern recht unfreundlich gegenübersteht." Frau Behm (so lautet der Name) ist Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands. Voraussichtlich wird nun eine frische, fröhliche Antisemitenkreuzerei gegen diese Dame beginnen.

Höchstpreise im alten Rom.

Von

Professor Dr. Arthur Liebert.

(Nachdruck verboten.)

Gerade wenn man Rabbi Ben Akiba einmal Lügen strafen zu können glaubt, bewährt sich die Gültigkeit seines restziniert-überlegenen Weisheitswortes am deutlichsten. Da meint man, daß sowohl der Weltkrieg, der über uns dahingebraust ist, und unter dessen Nachwehen wir lange Zeit noch leiden werden, als auch seine Folgen eine einzigartige Erscheinung in der geschichtlichen Entwicklung der armen Menschheit darstelle. Der tiefere psychologische Grund für diese Ansicht, die eine Täuschung ist, besteht in dem naiven Gefühl jedes Menschen, solange und insofern er nicht mit größeren historischen Kenntnissen belastet ist, daß die Welt eigentlich erst mit ihm anfange. Denn der naive Mensch pflegt ja von der Welt nur so viel zu wissen, und von ihr nur so viel für wahr und wirklich zu halten, als er von ihr erlebt, als er von ihr unmittelbare Erfahrungen gemacht und unmittelbare Eindrücke gewonnen hat. Je mehr er sich aber in die Blätter der Geschichte vertieft und den Sinn ihrer sibyllinischen Worte durchdringt, um so mehr erkennt er die Wahrheit jener Lehre, die von der Wiederkehr aller Dinge spricht.

Es war zur Zeit des alten römischen Kaisers Diokletian, der sich durch die übrigens schreckliche aufgebauschte Tat der letzten Christenverfolgung (im Jahre 302—303) ein so schlechtes Andenken im Gedächtnis der Menschheit gesetzt hat, daß die Preise für alle möglichen Waren merkwürdigerweise in die Höhe schnellten oder, was wirtschaftlich dasselbe bedeutet, daß man für die gewohnte Summe Geldes ungleich weniger Lebensmittel oder Gebrauchsgegenstände erwerben konnte. Diese Entwertung des Geldes, die katastrophalen Umfang anzunehmen drohte, beruhte darauf, daß sich der Metallgehalt der Münzen immerfort verschlechterte. Die kaiserlichen Münzanstalten konnten dem Kleingeld kaum noch Silber beigeben. Man mußte es durch Blei und Zinn ersetzen.

Wie sich dieser gefährliche Mangel an Edelmetall erklärt, darüber sind sich die Historiker und Nationalökonomen nicht einig. Die einen vermuten einen Rückgang in der Förderung; für die Arbeit in den Bergwerken standen im Zusammenhang mit den großen Fortschritten des Christentums immer weniger Sklaven zur Verfügung. Denn die neue Religion wandte sich gerade an die Armen und Entrechteten, befreite diese aus ihrer Not, die keineswegs eine bloß geistige war. Der Sklave, der Christ wurde, lernte sich als Menschen fühlen, und entschlug sich jeder Tätigkeit, die als minderwertig beurteilt werden konnte. Und das konnte bei der Arbeit im Bergwerk darum der Fall sein, weil zu ihr viele Verbrecher verurteilt zu werden pflegten. Es bestehen wohl sehr tiefe Beziehungen zwischen der außerordentlichen Verarmung Europas, die etwa von 200 nach Christi Geburt bis ungefähr zum Beginn der Kreuzzüge andauert, und der Ausbreitung und Erstarkung des Christentums. Man bedenke auch, daß die Kirche streng verbot, von ausgeliehenen Kapitalien Zinsen zu nehmen. Eine andere Gruppe von Volkswirtschaftlern und Historikern führt die Verschlechterung der Münze und die Entwertung des Geldes auf den Umstand zurück, daß das kaiserliche Rom, ja, ganz Italien, die sich als Herrscherinnen der Welt immer mehr und mehr der produktiven Arbeit auf dem Feld entwöhnt hatten, oder deren Gefilde durch die unaufhörlichen Kriege trostlose Verwilderung verfallen waren, die ihnen notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände um teueres Geld aus den Provinzen beziehen mußten. Die Provinzen aber behielten das Edelmetall. Das ist wohl auch ein Grund dafür, daß sich in der spätrömischen Geschichte der Schwerpunkt der Entwicklung immer auf die Provinzen verlegte.

Um der immer unerträglicher werdenden Verteuerung der Lebenshaltung zu steuern, schuf Diokletian einen Tarif für Höchstpreise. Es ist wohl, wie Theodor Birt in seinem lebensvollen Buch: „Spätrömische Charakterbilder" sagt, das früheste Beispiel der Art, das die Finanzgeschichte kennt; ein Werk unendlichen Fleißes. Wir kennen es aus Bruchstücken von Inschriften, die auf allen Marktplätzen des Reiches aufgestellt wurden. Sie beziehen sich auf alle möglichen Waren, auf Feldfrüchte, Weine, Honig, Gurken so gut wie auf Pelzwerk, Stiefel, Holz, Magen, Kleider. Auch ein Lohntarif findet sich auf ihnen, der die Entschädigung für Maurer und Zimmerleute, für Kutscher und Anstreicher usw. regelt. Ob auch die Leistungen der geistigen Arbeiter mit einem „Höchstpreis" bedacht worden sind, oder ob man einfach jegliches Entgelt für diese, auch die kümmerlichste Bezahlung, bereits als „Höchstpreis" ansah, darüber schweigen die Inschriften. Für uns Heutige nicht verwunderlich. Wenn die Höchstpreistarife unserer Zeit einmal so nach 2000 Jahren einer neugierigen Nachwelt bekannt werden sollten, so wird sie auch vergeblich nach Höchstpreisen für geistige Arbeiten suchen.

Und noch in einer anderen Hinsicht scheint zwischen der heutigen Zeit und jener alten ein nahes Verwandtschaftsverhältnis zu bestehen. Es sieht nämlich so aus, als wenn alle jene Erlasse nichts oder nicht viel geholfen hätten. Diokletian muß schließlich denen, die „aus den Gottesgaben Gewinn ziehen wollen", die statt der üblichen Preise „das Vierfache, das Achtfache nehmen", die einen Gegenstand so hoch treiben, „daß der Soldat für eine Sache, die er braucht, seinen ganzen Sold hinwerfen muß", die Todesstrafe androhen. Und einer der nächsten Nachfolger Diokletians, der Kaiser Julian (361—363), muß zu seinem Leidwesen eine Erfahrung machen, von der auch wir nicht verschont geblieben sind. Als zu seiner Regierungszeit kapitalkräftige Spekulanten große Massen an ägyptischem Brotkorn aufkauften, das für die Speisung der großstädtischen Bevölkerung notwendig war, und dieses dann nur zu Wucherpreisen wieder abgaben, da setzte der Kaiser gleichfalls Höchstpreise an. Die Folge war: die Ware verschwand vom Markte. Man wüßte gern, ob sie nicht doch „hinten herum" käuflich war.

Ach, Rabbi Ben Akiba! — Aber warum hast du bloß recht? Ein anderer, nicht geringerer Weiser als du, es ist Immanuel Kant, gibt auf diese Frage die Antwort, die voll Klugheit, allerdings aber nicht voll Trost ist. „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden."

Die Schwarzwälder Uhrenfabrikation.

Die ersten Anfänge der Uhrenindustrie im Schwarzwald gehen bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts zurück, sie gewann aber erst zu Anfang des 18. Jahrhunderts breiteren Boden. Die Uhren dieser Zeit waren wahre Meisterwerke der Holzschneidekunst, nicht nur das Aeußere war kunstvoll geschnitzt, auch das Werk war aus Holz. Die Unruhe vertrat eine kunstvoll erdachte hölzerne Wage, die die Uhr ohne Bendel antrieb. Erst im Jahre 1740 führte man das Pendel ein und zehn Jahre später tauchten die ersten Schwarzwalduhren mit metallenen Rädern auf, während der „Kuckuck" schon 1730 an manchen Uhren zu finden war.

Die Urheber der einzelnen Verbesserungen lebten noch lange in dem Namen einzelner Uhrenarten fort; so heißen auf dem Schwarzwald noch heute die mittelgroßen Gewichtsuhren „Schotten-Uhren" nach ihrem Erfinder Schott, während die von einem gewissen Jacob zuerst hergestellten kleineren Gewichtsuhren vom Volkswitz „Zweimal Jookele-Uhren" getauft wurden.

Aus der Kuckucksuhr entwickelten sich nach und nach die Spieluhren und Musikautomaten, die der 1847 verstorbene Meister Blessing in Furtwangen und dessen Schüler Welte in Höhrenbach zur größten Vollkommenheit brachten. Die Welte-Spieluhren sind heute allgemein bekannt.

Im Jahre 1808 gab es im badischen Schwarzwald 1000 Uhrmacher, 300 Nebenarbeiten und 900 Uhrenhändler, durch die gegen 200 000 Uhren im Werte von fast 600 000 Gulden abgesetzt wurden, 1847 zählte man 1568 Meister und 2500 Uhrmachergesellen, und 1855 führte man aus dem Schwarzwalde 600—700 000 Uhren jährlich aus.

Heute hat sich bekanntlich die Industrie der Uhrmacherei im Schwarzwald angenommen und fertigt jährlich für viele Millionen Uhren an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200819036/fragment/page=0002

Wiederkehr Deutscher aus Südafrika. Das südafrikanische Ministerium des Innern hat vom englischen Auswärtigen Amt Anweisung erhalten, Pässe für Deutsche, die über England nach Deutschland reisen wollen, zu visieren. Es bestehen daher keine Paßschwierigkeiten mehr bei der Heimreise Deutscher aus Südafrika über England.

Gefangenenaustausch. Am 19. Aug. findet in Bentschen ein erneuter Austausch von 35 bisher in Polen zurückgehaltenen Deutschen statt. Auch die Freilassung des Ingenieurs Linker aus Elbing, der seinerzeit in Dirschau verhaftet wurde, ist von den Polen für die nächste Zeit zugesagt.

Ausland.

Eine Ansprache des französischen Ministerpräsidenten.

Paris, 17. Aug. (Eigene Meldung.) Ministerpräsident Millerand hielt bei seiner Reise durch die zerstörten Gebiete bei Quesnoy eine Ansprache, in deren Verlauf er die Gelegenheit wahrnahm, um wieder einmal Nachdruck den friedlichen Willen Frankreichs festzustellen. Er sagte, der Krieg ist zu Ende. Ich lege Wert darauf, das für gewisse Leute festzustellen, welche hoffentlich das nicht glauben, was sie befürchten. Die Regierung der Republik denkt nicht daran, die Schrecken des Krieges wieder aufleben zu lassen. Wir haben den Frieden, wir wollen ihn endgültig haben. Dazu aber ist notwendig, daß Frankreich, welches vom Friedenswillen beseelt ist, noch stärker ist.

Der jüdische Welthilfskongreß.

Karlsbad, 18. Aug. Die jüdische Pressezentrale meldet: Der jüdische Welthilfskongreß hat die einheitliche Organisation der gesamten jüdischen Hilfsarbeit beschlossen und aus allen Ländern einen 29gliedrigen Zentralrat gewählt, dessen neungliedrige Exekutive mit dem Sitz in London sofort die Arbeit aufnehmen soll. Entgegen der bisherigen philantropischen Arbeit stellen die angenommenen Resolutionen bezüglich der Wiederaufbauarbeit, Emigration und Fürsorgewesen das Hilfswerk auf eine volkssoziale Zukunft bedachte Basis. Mit einem ausdrücklichen Protest gegen die neuerlichen Judenpogrome in der Ukraine und in Ungarn wurde die Konferenz geschlossen.

Ein ungarischer Ueberfall auf Wien.

Wien, 18. August. (Eig. Drahtber.) Die Wiener Allgem. Zeitung erfährt, daß gestern in Wien von verschiedenen Seiten Meldungen eingegangen sind, nach welchen ungarische Regimenter in der Nacht von gestern auf heute einen bewaffneten Ueberfall unternehmen, die Besetzung Wiens vornehmen und die Habsburger als Herrscher ausrufen sollten. Der 17. August, der Geburtstag des verstorbenen Kaisers, sollte als Stichtag gelten. An maßgebenden Stellen ist man offenbar der Anschauung, daß diese Meldungen keine haltlosen Gerüchte seien; denn gestern waren sowohl die gesamte Polizei als auch die gesamte Wehrmacht konzentriert. Ebenso war auch scharfe Munition ausgegeben worden.

Halle und Umgegend.

Halle den 19. August 1920.

Zur Erhöhung des Backgeldes

schreibt uns die Bäcker-Zwangs-Innung für Halle und Umgegend: Die Eingesandte sind geeignet, die Hausfrauen zu beunruhigen oder die Meinung zu verbreiten, die Hallische Bäcker-Innung begehe durch die minimale Erhöhung des Backgeldes den Hausfrauen gegenüber eine Ungerechtigkeit. Daß dies keineswegs zutrifft, sondern die Bäckermeister bestrebt sind, der Kundschaft das weiteste Entgegenkommen darzubringen, mag nachfolgende Berechnung beweisen: Das Backen eines Obstkuchens kostet 1,50 Mk., eines trockenen Kuchens 1,25 Mk. Aufmandeln und Backen erfordert ¾ Stunde Arbeitszeit. Lohn des Gesellen in derselben Zeit 3 Mk. Oder 50 Brote à 60 Pf. Backgeld gleich 30 Mk., hierzu Arbeitszeit 3 Stunden, Lohn für Gesellen 12 Mk., für Lehrling 4,50 Mk., für Heizung 7,50 Mk., für Streumehl und Licht 1,50 Mk., für Abnutzung und Spesen 3 Mk., zusammen 28 Mk. Mithin Nutzen 2 Mark. Jede weitere Aeußerung hierzu wird sich erübrigen. Wenn noch in Betracht gezogen wird, daß durch die Hausbäckerei die Kuchenbleche, wo heute das Stück 40—45 Mk. kostet, an Schwindsucht leiden, so wird jeder erkennen, daß wir für unsere gute Arbeit nur wenig Lohn verlangen, sonst müßte, wie in verschiedenen Großstädten, das Backgeld für den Kuchen 2,50 Mk. kosten.

Grund für die minimale Steigerung des Backgeldes ist die starke Erhöhung der Preise für Kuchenbleche, Backutensilien und Backofenreparaturen.

Was nun noch die Entschädigung für unsere Lehrlinge anbetrifft, so müssen wir die Beschuldigung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir geben unseren Lehrlingen Kost und Logis, was wöchentlich mit 75 Mark zu bewerten ist; hierzu erhalten sie nach Innungsbeschluß in freier Vereinbarung im 1. Jahr 3 Mk., im 2. 5 Mark und im 3. Jahre 7 Mark Entschädigung, mithin bedeutend mehr als irgend ein anderes Handwerk seinen Lehrlingen zahlt.

Die Bäcker-Zwangs-Innung
zu Halle und Umgegend.
Paul Mitsching, Obermeister.

Das in der Entstehung begriffene Reichsfunknetz dient der Entlastung der Telegraphenleitungen und zur Ausbilfe bei Betriebsstörungen in diesen Leitungen. Der Ausbau schreitet ständig fort. Vor kurzem ist in Bayern die Funkleitstelle München in Betrieb genommen worden, die in der Lage ist, mit folgenden Orten in Verkehr zu treten: Dortmund, Darmstadt, Konstanz, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Leipzig, Stuttgart usw. Durch die letztere Funkleitstelle ist Württemberg schon vor mehreren Wochen an das Reichsfunknetz angeschlossen worden.

Stadttheater. Die Ausgabe der bisher bestellten Stammkarten erfolgt ab Montag, den 23. August, an der Kasse des Stadttheaters in der Zeit von 10—2 Uhr. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Neubestellungen auf Stammkarten bis auf weiteres noch entgegengenommen werden.

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben: „Einen vollen Erfolg für die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Halle erbrachten am 17. d. Mts. zwei von dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner vorm. 9 Uhr und abends 8 Uhr nach den „Weißbierhallen", Bernburger Straße, einberufene öffentliche Versammlungen, welche sich, namentlich die Abendversammlung, eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatten. Bezirksleiter Wittekind-Bamberg behandelte in einstündigem Vortrage das Thema: „Die deutsche Arbeiterbewegung am Scheidewege". Er nahm dabei Gelegenheit, die Trennungslinien zwischen einem unfruchtbaren Radikalismus in der Arbeiterbewegung sowie dem verwerflichen kapitalistischen Wuchergeiste eines Teiles der Bevölkerung zu ziehen. Mit aller Schärfe verwahrte sich der Redner im Namen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gegen den auch in Halle nicht unbekannten, jede wahrhaft freiheitliche Aufwärtsentwicklung hemmenden Terror und Gesinnungszwang. — Eine lebhafte Aussprache gab dann noch Gelegenheit, den fälschlich gepriesenen Internationalismus in seiner Blöße zu zeigen; konnte doch der Referent selbst aus seiner Heimat Eupen-Malmedy berichten. Ebenso konnte auch Bezirksleiter Collet vom christlichen Bergarbeiterverband, ein wegen seines Deutschtums und seiner aufrechten Vertretung der Arbeiterinteressen vertriebener Elsaß-Lothringer, Beweise der internationalen Reden und Taten der französischen Sozialisten zum Schaden des deutschen Arbeiters bringen. Eine in beiden Versammlungen von den Sozialdemokraten eingebrachte und vorgelesene Entschließung gelangte beide Male nicht zur Abstimmung, da sie in beiden Fällen von den Einbringern im Stich gelassen wurde."

Die Ortsgruppe Halle des Philologenverbandes der Provinz Sachsen hielt am Montag abend eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Direktor Dr. Hempel erteilte nach einigen Mitteilungen dem Vertreter des Verbandes der Studienassessoren das Wort zur Begründung eines Dringlichkeitsantrages betr. Schritte, die wegen Abdruckes einer Zuschrift bei einer hiesigen Zeitung unternommen werden sollen. Es wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Darauf wurden der Geschäfts- und Kassenbericht über das abgelaufene (erste) Berichtsjahr erstattet. Die Mitgliederzahl bewegte sich zwischen 154 und 178, neben 10 Vorstandssitzungen tagten 8 Vollversammlungen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen naturgemäß Organisations- und Wirtschaftsfragen. Die Einnahmen betrugen etwa 6700 Mark, die Ausgaben 5000 Mark, zu denen aber noch Ausgaben kommen, die auf dieses Geschäftsjahr gehen, z. B. der Druck der Satzungen. Darauf trat die Versammlung in die erste Lesung der Satzungen ein, da sich mit Rücksicht auf den Prov.-Verband eine Anzahl Aenderungen notwendig machten. Im Anschluß wurde der Beitrag für das neue Geschäftsjahr festgesetzt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Studienrat Florstedt zum 1. Vorsitzenden gewählt, der bisherige Vorsitzende lehnte mit Rücksicht auf Amt und Gesundheit Wiederwahl ab. Der Dank der Mitglieder für seine Tätigkeit ist ihm gewiß. Schließlich wurden noch die Vertreter der Philologen für den Bund höherer Beamten gewählt.

Provinzial-Nachrichten.

Neuhaldensleben, 18. Aug. („Delikatießwurst.") Zwei an Notlauf verendete Schweine wurden, ehe sie der Abdecker holte, von Dieben gestohlen. Als man die Spuren verfolgte, wurden als Diebe ein Fleischer und ein Handelsmann ermittelt, die eben damit beschäftigt waren, die verendeten Schweine zu Wurst zu verarbeiten.

Zeulenroda, 18. Aug. (Bei der Jagdverpachtung) in Zeckerdorf wurde Fabrikbesitzer Josef Winter in Plauen mit dem Gebote von 6000 Mark Jagdpächter. Vorher betrug die Jagdpacht jährlich 800 Mark.

Löbau, 18. Aug. (Einen gefahrvollen Fund) machte im benachbarten Sohland der Sohn des Dachdeckermeisters Drescher. Er fand beim Mähen im Garten des Martinstiftes in der Nähe der Dorfstraße eine noch nicht entladene Fliegerbombe.

Irmelshausen, 18. Aug. (Großfeuer auf einem Rittergut.) Auf dem Rittergut Irmelshausen brach Feuer aus, das einen Querbau mit Scheune, Pferdestall, Schweinestall, Wagenremise und Speicher in Asche legte. Der Schaden ist groß, da die Scheune mit Getreide gefüllt war.

Suhl, 18. Aug. (Ermäßigung der Strompreise.) Bei der Thüringischen Elektrizitätslieferungsgesellschaft ist ein Preisabbau auf Veranlassung des Magistrats im Gange. So kostet rückwirkend vom 1. Juli d. J. eine Kilowattstunde Lichtstrom 3 Mk. (bisher 3,29 Mk.); auch die Abgaben für Zählermieten sind ermäßigt. Der Zuschlag für Doppeltarifeinrichtungen und Maximalapparate ist für Zähler bis 4 Kilowattstunden auf 1,20 Mk. anstatt 1,50 Mk. und von 4—6 Kilowattstunden auf 1,50 von 2 Mk. festgesetzt worden. Am 1. September wird voraussichtlich ein weiterer Abbau der Strompreise für Licht und Kraft eintreten.

Erfurt, 18. Aug. (Moderne Zahlungsweise.) Ein Landwirt in Mittelhausen verkaufte von seiner Herde, die sich auf dem Felde befand, an zwei Männer sechs Hammel im Werte von 5000 Mark. Kaum waren die Tiere auf den Wagen geladen worden, so jagten die Männer, ohne Zahlung geleistet zu haben, davon.

Paulinzella, 18. Aug. (Vater und Sohn zu gleicher Zeit getraut.) Wie der „Stadtilmer Anzeiger" meldet, fand die kirchliche Einsegnung eines 65jährigen Vaters und seines 35jährigen Sohnes statt, die am Tage zuvor an den Wohnorten ihrer Bräute mit diesen zivilrechtlich die Ehe geschlossen hatten. Die feierliche Handlung vollzog ein evangelischer Berliner Geistlicher.

Magdeburg, 18. August. („Grober Unfug.") Das vermeintliche Attentat auf Regierungsrat Hänschel stellt sich als Schießunfug dar. Die Polizei schreibt darüber: Am 17. d. Mts. um 9 Uhr 25 Min. wurde auf dem Domplatze ein Schuß abgegeben, als der Regierungspräsident Hänschel vom Oberpräsidium den Platz gerade passierte. Die von der Kriminalpolizei eingeleiteten Ermittelungen haben ergeben, daß es sich in diesem Falle ohne Frage um einen groben Unfug handelt, der durch Abgabe des Schusses von einem Lazarettinsassen verübt worden ist. Die hierzu benutzte Waffe, eine kleine 6 Millimeter-Pistole, die man als Spielzeug bezeichnen kann, ist gestern nachmittag in dem Lazarett gefunden, als wieder ein Schuß von dort abgegeben war. Sie ist Eigentum eines dort liegenden Pioniers, der sich mit einigen Kameraden das Vergnügen machte, von einem Fenster aus nach Vögeln zu schießen. Dieser hat die Waffe und Munition erst gestern nach 11 Uhr vorm. von einem anderen, noch nicht ermittelten Lazarettinsassen gekauft, der zweifellos den fraglichen Schuß abgegeben hat. Die Feststellungen werden fortgesetzt." — Es genügt für die gegenwärtige „Nervosität" links und rechts, daß die Pressestelle des Oberpräsidiums in der Sache ein politisches Attentat vermutete.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Erleichterungen beim Steuerabzug.

WTB. Berlin, 18. Aug. (Drahtnachricht.) Das Reichsfinanzministerium hat in einer Bekanntgabe an die Landesfinanzämter bis auf weiteres eine Reihe von Erleichterungen im Steuerabzug vorgesehen. An erster Stelle steht folgende Bekanntmachung: Uebersteigt der abzugspflichtige Teil des Arbeitslohnes auf das Jahr umgerechnet den Betrag von 15 000 Mark, nicht aber den Betrag von 30 000 Mark, so sind bis auf weiteres von einem Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umgerechnet den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigt, 10 Proz., vom übrigen Teil des Arbeitslohnes 15 Proz. einzubehalten. An zweiter Stelle ist angeführt: Vom Abzug bleiben bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen von Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Zeit hinaus geleistet werden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche bis zu sechs Tagen, der Arbeitsmonat zu 25 Arbeitstagen und das Jahr zu 300 Arbeitstagen.

Verschärfter Belagerungszustand über Kattowitz.

WTB. Kattowitz, 18. Aug. (Drahtnachricht.) Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln hat den verschärften Belagerungszustand über die Stadt Kattowitz verhängt.

Eine amtliche Darstellung der Vorgänge.

WTB. Kattowitz, 18. August. (Drahtnachricht.) Die von der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission in Oppeln über die gestrigen Vorgänge gegebene Darstellung besagt u. a.: Den Anlaß zu dem Vorgehen der Kavallerie bot die Verwundung zweier Jäger durch die Menge. Der Sicherheitspolizei war es gelungen, die beiden Jäger zurück zu bringen, von denen der eine einen Kopfschuß aufweist. Rittmeister le Allane, der ebenfalls den bedrängten Jägern zu Hilfe kommen wollte, wäre um ein Haar von der wütenden Menge gelyncht worden. Inzwischen drängten die Massen die Soldaten und die Sicherheitspolizei immer mehr an das Haus der Interalliierten Kommission. Plötzlich fiel aus einem Hause gegenüber ein Schuß. Kurz darauf wurde eine Handgranate aus derselben Richtung geworfen. Daraufhin feuerte der Posten vor dem interalliierten Gebäude aus eigener Initiative einige Schüsse ab. Es entstand zwar eine kleine Panik, doch kehrte die Menge bald wieder vor das Haus der Kommission zurück. Der Sanitätsrat Dr. Mitecki, der in Gegenwart des Majors Hichberg drei Verwundete verband, wurde von der fanatisierten Menge angefallen und erschlagen. In später Nachtstunde staute sich eine riesige Menschenmenge erneut vor dem Hause der Kommission. Im Laufe der Nacht wurde wiederholt aus den gegenüberliegenden Häusern auf das Gebäude geschossen. Auch Sprengstoffe wurden benutzt, die aber wirkungslos explodierten. Inzwischen kam die Nachricht, daß der Posten am Bahnhof (20 Mann) angegriffen wurde und bereits einen Toten und einen Verwundeten habe. Daraufhin ging eine Kompagnie zur Hilfeleistung nach dem Bahnhof ab. Sie wurde aber auf dem Wege dorthin von einem wahren Trommelfeuer von Handgranaten und Gewehrschüssen überschüttet. Erst mit Morgengrauen nahm die Schießerei ihr Ende. Auf seiten der alliierten Truppen sind als Verluste zu verzeichnen drei Tote und ein schwerverletzter Soldat, sowie sechs leichter Verletzte.

WTB. Berlin, 18. Aug. Wie die „Voss. Ztg." meldet, veröffentlicht die „Oberschlesische Zeitung" Dokumente, die das Bestehen einer großangelegten polnischen militärischen Geheimorganisation in Oberschlesien unzweifelhaft beweisen.

Wie aus Kattowitz von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, beruht die Mitteilung über die Entwaffnung der dortigen Sicherheitspolizei auf einem Irrtum, vielmehr wird darauf verwiesen, daß das Verhalten der Truppen in jeder Hinsicht einwandfrei und korrekt gewesen ist.

Kattowitz, 18. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lage hat sich noch nicht ganz entspannt. Seit heute früh durchfahren Panzerautos, die von Italienern geführt werden, die Straßen der Stadt. Gerüchte wollen wissen, daß die Polen noch im Laufe dieser Woche einen neuen Putsch inszenieren wollen. Eine Kundgebung der Ententekommission wendet sich gegen das Gerücht, daß die Kommission den Polen Waffenhilfe zukommen lassen wolle. In Breslau sind für Donnerstag Massenkundgebungen gegen jede Neutralitätsverletzung und gegen jeden Transport von Truppen, Waffen und Munition für Polen geplant.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch.

WTB. Berlin, 18. August. (Drahtnachricht.) Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages nahm zur Aufhebung der Zwangswirtschaftung für Fleisch eine Entschließung an, wonach die Zwangswirtschaft für Fleisch spätestens bis 1. Oktober aufgehoben wird. Die Einfuhr von Futtergetreide, namentlich von Mais, soll sofort freigegeben und das Reichsfinanzministerium ersucht werden, zur Verbilligung des Mais und Verhinderung der Verfütterung von Brotgetreide ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die interalliierte Komission und die Wahrung der Neutralität.

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtnachricht.) Die Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Interalliierten Kommission über die Wahrung der deutschen Neutralität, die seit mehreren Wochen geführt wurden, haben ihren Abschluß gefunden. Die Interalliierte Kommission hat versichert, daß sie etwa die Grenze überschreitende Truppen der kriegführenden Mächte entwaffnen und internieren würde und daß sie auch jede Unterstützung durch das Abstimmungsgebiet hindurch verhindern würde.

Prüfung der deutsch-österreichischen Handelsverträge.

München, 18. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Heute sind in München Vertreter der österreichischen Regierung mit Vertretern der Reichsregierung sowie Preußens, Bayerns, Sachsens zusammengekommen, um zu prüfen, inwieweit die zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland früher geschlossenen Handelsverträge unter den jetzigen Verhältnissen anwendbar seien.

Die französische Hilfe an Polen.

Paris, 18. August. (Eigene Drahtnachricht.) Aus militärischen Kreisen wird gemeldet: Die polnische Gegenoffensive hat bereits unter der unmittelbaren Führung des französischen Generalstabes begonnen. Trotz der vielen Schwierigkeiten ist es gelungen, Polen mit mehr als 200 Flugzeugen, 50 Tanks und mehreren Batterien schwerer Artillerie und der nötigen Munition zu versorgen. Zahlreiche französische und englische Offiziere sind als Freiwillige in die polnische Armee eingetreten.

WTB. Königsberg, 18. August. Nach Ueberschreiten der Eisenbahnlinie Deutsch-Eylau—Thorn erreichten bolschewistische Truppen Lessen und Rehden. Südlich Bischofswerder ist russische Kavallerie aufgetreten. Graudenz wird mit Hilfe der Zivilbevölkerung beschleunigt armiert. Der Bahnhof Mlozlawek liegt unter russischem Artilleriefeuer. Südlich Ciechanow ist der Entlastungsstoß des polnischen Nordflügels zum Stehen gebracht. Ciechanow ist in den Händen der Bolschewisten. An der Nordostfront von Modlin und an der Ostfront von Warschau halten starke bolschewistische Angriffe den Gegenstoß des polnischen Zentrums auf der Linie Warschau-Zwangerod und den Flankenstoß nördlich des Oberlaufes des Wieprz an und gewinnen an Boden, Kämpfe bei Nowominsk, nördlich Jelechow und bei Lukow. An der Südfront nördliche Kampfhandlungen.

Eine italienisch-deutsche Handelskammer.

Mailand, 18. August. (Eigene Drahtnachricht.) In Mailand hat sich unter der Führung einflußreicher italienischer und deutscher Mitarbeiter ein Ausschuß zur Gründung einer italienisch-deutschen Handelskammer gebildet, dessen Hauptsitz Mailand sein soll. Außerdem sollen auch in anderen Städten Ortsgruppen gebildet werden. Durch diese Gründung soll dem deutsch-italienischen Warenaustausch der Weg geebnet werden. Die Kammer stellt den mit Italien arbeitenden Deutschen anheim, sich dieser Organisation zu bedienen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200819036/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Deutschland und die Olympischen Spiele.

Dem von der DSB. (Deutsche Sportzeitung) zu den Olympischen Spielen nach Antwerpen entsandten Sonderberichterstatter gelang es, die besten Kräfte der finnischen und spanischen Olympiamannschaft für ein großes internationales Sportfest zu verpflichten, das voraussichtlich am 26. August im Deutschen Stadion stattfinden wird. Mit den norwegischen Vertretern sind ebenfalls Verhandlungen angeknüpft, die dicht vor dem Abschluß stehen. Im Bericht über die Eröffnung der Spiele, die in diesem Jahre bekanntlich unter Ausschluß der Mittelmächte stattfinden, heißt es in der DSB. u. a.: Es muß offen ausgesprochen werden, daß die diesjährigen Spiele mit der Stockholmer Veranstaltung 1912 keinen Vergleich aushalten können. Die damalige Begeisterung hat einer kühlen, zuweilen frostigen Stimmung Platz gemacht. Am ersten Tage der Spiele wurde von Laomis-Amerika im 400-Meter-Hürdenlauf mit 54 Sek. ein neuer Weltrekord aufgestellt. Im 100-Meter-Lauf siegte Paddok-Amerika in 10,8 Sek. Rau, der gleichzeitig in Dresden die deutsche 100-Meter-Meisterschaft gewann, benötigte nur 10,7 Sek. Das Speerwerfen gewann der Finne Myrrä mit 65,78 Meter, den Fünfkampf sein Landsmann Peltanen.

Rennen zu Karlshorst.

Carsower Hürdenrennen (11 000 Mark, 2400 Meter): 1. Taktfest (Kukulies), 2. Olympia (Müller), 3. Menja (Fibr). Tot.: Sieg 40, Platz 16, 20, 32 : 10. Ferner liefen: Ludowicka, Sigurt, Fischerin, Monitor, Rosendorn.

Preis von der Hütte (18 000 Mark, 3600 Meter): 1. Geheimtip (Hr. v. Pelzer), 2. Samum (Hr. Freese), 3. Prärie (Hr. v. Keller). Tot.: Sieg 28, Platz 14, 22, 18 : 10. Ferner liefen: Schmuck II, Sankt Martin, Jasiolda, Ist gemacht.

Preis von Rotkäppchen (11 000 Mark, 3000 Meter): 1. Fröhlich (Lewicki), 2. Saatkrähe (Ackermann), 3. Trschocha (Saager). Tot.: Sieg 15, Platz 11, 12 : 10. Ferner lief: Gerd.

Hubertusstock-Ausgleich (20 000 Mark, 4200 Meter): 1. Sieg (Teichmann), 2. Hunding (Saager), 3. El Diablo (Stielau). Tot.: Sieg 109, Platz 21, 14, 16 : 10. Ferner liefen: Stella II, Phantasi, Sonntagsmädel, Furchtlos.

Preis von Schwanlee (18 000 Mark, 2800 Meter): 1. Einhart (Müller), 2. Döberitz, 3. Fritzi (Teichmann). Tot.: Sieg 32, Platz 21, 24 : 10. Ferner liefen: Maison Rouge, Risisel, Tippel.

Preis von Radebrück (11 000 Mark, 4000 Meter): 1. Lubroma, 2. Donnerkeil (Hr. v. Hilgendorf), 3. Denkmünze (Hr. Glaser). Tot.: Sieg 19, Platz 11, 17, 12 : 10. Ferner liefen: Morgenstern, Sonnenburg, Irene II, Figaro.

Preis von Rehfelde (11 000 Mark, 1800 Meter): 1. Crocus (Schläfe), 2. Schakal (Stolz), 3. Dolde (Müller). Tot.: Sieg 30, Platz 15, 33, 22 : 10. Ferner liefen: Tans, Iffland, Offensive, Leonore, Maeregbem, Scala, Flucht, Ospaonica. (Auf Iffland wurden die Wetten zurückgezahlt.)

Rennen zu Köln.

Lycaon-Rennen (16 000 Mark, 1400 Meter): 1. Tradition (Kühne), 2. Harmonie (Bleuler), 3. Lucretia (Kuhnke). Tot.: Sieg 31, Platz 12, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Geißler, Bekassine, Geduld, Blaubart.

Talton-Rennen (16 000 Mark, 1000 Meter): 1. Douschka (Zimmermann), 2. Nougat (Schmidt), 3. Donner. Tot.: Sieg 16, Platz 13, 14 : 10. Ferner liefen: Eierbecher, Kanonade.

Ariel-Ausgleich (23 000 Mark, 1600 Meter): 1. Sultana (Zimmermann), 2. Toison (Ludwig), 3. Massin (Falkenhagen). Tot.: Sieg 12, Platz 17, 25 : 10. Ferner liefen: Armin, Moena, Berthalda.

Preis von Köln (100 000 Mark, 2200 Meter): 1. Starabae (Zimmermann), 2. Wallenstein (Falkenhagen). Beide Stall Oppenheim, daher kein Toto.

Silesia-Jagdrennen (17 000 Mark, 3000 Meter): 1. Wasserratte (Klapper), 2. Luise (Kühne), 3. Ladislaus (Janeck). Tot.: Sieg 33, Platz 12, 11 : 10. Ferner lief: Koslinde.

Dolomit-Rennen (20 000 Mark 2400 Meter): 1. Magzin (Zimmermann), 2. Wasserturm (Modke), 3. Emilius (Kühn). Tot.: Sieg 18, Platz 12, 12 : 10. Ferner liefen: Südtiroler, Eleganz.

Nordpol-Jagdrennen (20 000 Mark, 4200 Meter): 1. Radames (Schuller), 2. Freie II (Gerteis), 3. Wendula. Tot.: Sieg 30, Platz 13, 15, 18 : 10. Ferner liefen: Speicke, Lucretia, Sieglinde, Unnemarie.

„Pfeil"-Erfurt Sieger um den Goldenen Bundespokal.

Köln, 18. August. Im Reigen- und Kunstfahren der ersten großen Rheinischen Sportwoche, dem der Reichsschatzminister Raumer und die Staatssekretäre Walter und Lewald beiwohnten, ist im Kampf um den Goldenen Bundespokal für Achtererzeugen dieser Ehrenpreis an den Radfahrklub „Pfeil"-Erfurt gefallen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.

Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 11 Prozent fest. Zur Geschäftslage im neuen Jahr erklärte Geheimrat Kirdorf, daß der Betrieb in den ersten Monaten unregelmäßig verlaufen sei, daß die Ergebnissiffern dieser Monate keine nennenswerten seien. In den letzten Monaten habe sich jedoch hierin eine Besserung vollzogen, nachdem die Zwangsbewirtschaftung von Kohle den höheren Gestehungskosten durch Preisaufbesserung Rechnung getragen habe. Nach Einführung der Ueberschichten habe sich die Kohlenförderung bedeutend gehoben. Gegenüber einer Friedensförderung von 33 000 Tonnen pro Tag habe sie sich auf 26 500 To. im Juni gestellt, im Juli 23 400 To. betragen, sei aber im August auf 23 000 To. zurückgegangen, als Folge, daß sich die Belegschaften weigern, Ueberschichten zu verfahren. Es seien neue Beunruhigungen innerhalb der Arbeiterschaft festzustellen.

Das Schalker Werk sei stillgelegt worden, die Arbeiter hätten sogar nach neuen vorliegenden Meldungen Notstandsarbeiten verweigert. Der Grund sei der Steuerezzug, außerdem werde eine neue Lohnerhöhung gefordert. Somit sei im Hüttenbetrieb ein erheblicher Ausfall zu gewärtigen. Wenn die Hochöfen zum Erkalten kämen, sei für Monate mit einer Stillegung zu rechnen. Demgegenüber stehen erfreulicherweise die Tatsachen, daß die Mehrzahl der Hütten mit angemessenen Ueberschüssen arbeiten.

Der Antrag auf Genehmigung eines Interessengemeinschaftsvertrages mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft wurde vom Vorsitzenden, Dr. Salomonsohn, alsdann eingehend begründet. Aus den Darlegungen sei hervorgehoben, daß Gelsenkirchen infolge Verlustes der linksrheinischen Anlagen in seiner Entwicklung schwer geschädigt worden sei. Die Frage sei entstanden, ob nach Verlust der linksrheinischen Anlagen das Unternehmen in Form des gemischten Betriebes fortexistieren könne, wobei lediglich die Schalker Anlagen vorhanden seien. Wirtschaftliche Gründe hätten die Verwaltung zu der einstimmigen Ansicht einer gemischten Betriebsführung geführt, da erfahrungsgemäß ein Konjunkturwechsel in Kohle und Eisen ausgleichend wirke. Sehr begrüßt habe es daher die Verwaltung, als Luxemburg mit der Interessengemeinschaftsofferte an sie herangetreten sei.

Ergänzt wurden diese Mitteilungen durch Geheimrat Kirdorf. Die einzige der Gesellschaft durch das Schalker Werk verbliebene Rohseisenerzeugung nebst zwei Röhrenwerken sei Stückwerk, wenn die Stahlerzeugung fehle. Bei der Interessengemeinschaft obwalte nicht nur ein privates Interesse beider Werke, sondern auch ein eminentes vaterländisches Interesse, mit dem der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gefördert werde, indem man in die Lage komme, die Ausfuhr nach dem Auslande in Fertigerzeugnissen aufzunehmen. Wenige Werke ständen so günstig da, wie die Deutsch-Luxemburgische Gesellschaft in der Verfeinerungsindustrie. Der Hauptteil bei der neuen Verbindung aber sei, daß die Hauptkohlensehen von Gelsenkirchen in der Nähe des Stahlwerkes Dortmunder Union lägen, wodurch auch der Eisenbahnverkehr in Fortfall komme. Aus allen diesen Erwägungen habe ebenso, wie der Aufsichtsrat, auch der gesamte Vorstand dem Interessengemeinschaftsplan zugestimmt.

Schließlich führte noch Dr. Salomonsohn aus, daß zunächst an eine Fusion gedacht worden war, indes diese Absicht infolge der Steuergesetzgebung fallen gelassen werden mußte. Man habe auch den Verträgen einen solchen Charakter gegeben, daß die Transaktion möglichst einer Fusion gleichkomme. Jede Gesellschaft habe 50 Prozent ihres Reingewinnes an die andere abzuführen. Durch Gründung der Rhein-Elbe Union G. m. b. H. in Düsseldorf sei eine Obergesellschaft entstanden, die bestimmt sei, die Interessengemeinschaft zu leiten. Der Interessengemeinschaftsvertrag laufe auf 80 Jahre.

Wie Herr Dr. Salomonsohn ferner mitteilte, seien seinerzeit 60 Millionen Mark Gelsenkirchener Aktien zurückgekauft worden. Das Aktienkapital beider Gesellschaften betrage 130 Mill. Mk., die Gelsenkirchener die zurückgekauften 60 Mill. Mk. Aktien im eigenen Besitz behalten werde und die darauf entfallende Dividende der Gesellschaft selbst zufalle. Gemäß dem Interessengemeinschaftsvertrag wurde als Mitglied aus der Verwaltung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Aktien-Gesellschaft Bankdirektor Max Klitzing, Berlin, und Oberbürgermeister Marx, Düsseldorf, neu in den Aufsichtsrat gewählt. In den Vorstand der Gelsenkirchener Gesellschaft werden aus der Luxemburger A.-G. eintreten Generaldirektor Vögler, Direktor Karl Knupe und Direktor Klingenberg.

Concordia Maschinenbau-A.-G. in Halle.

Der Aufsichtsrat schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr auf beide Aktienarten 10 Prozent gegen 6 im Vorjahr vor. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt:

Das Rechnungsjahr 1919/20 zeichnete sich insbesondere durch sich überstürzende Zunahme der Gestehungskosten aus. War die Nachfrage nach den von uns erbauten Gewindeschneidemaschinen bis zum Beginn der im März eintretenden politischen Unruhen auch sehr groß, so bildeten doch die gleichzeitig bestehenden Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung, insbesondere des Rohgusses, ein erhebliches Hindernis für eine volle Ausnutzung der Konjunktur. Der allgemeine Niedergang der letzteren machte sich auch bei uns rasch bemerkbar. Er übte auf die Erträgnisse eine um so schärfere Wirkung aus, als trotz des Auftragrückganges die Produktionskosten infolge gewaltiger, ortstariflich vereinbarter Lohn- und Gehaltserhöhungen noch weiter zunahmen. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres läßt sich zunächst ein Ueberblick nicht gewinnen.

Nach der Gewinn- und Verlustrechnung brachte das vergangene Geschäftsjahr einschließlich des Gewinnvortrages aus 1918/19 in Höhe von 8161.44 Mk. und einschließlich verschiedener kleinerer Gewinnposten im Gesamtbetrage von 17 407.82 Mk. einen Rohgewinn von 402 464.69 (im Vorjahre 259 760 Mk.). Davon gehen ab: Generalunkosten und Hypothekenzinsen 266 742.84 (136 327) Mk., Abschreibungen 60 400.85 (33 270) Mk. Es bleibt ein Ueberschuß von 75 320 (43 396) Mk., dessen Verteilung wie folgt vorgesehen wird: Ueberweisung an den gesetzlichen Reservefonds 11 430.16 Mk., satzungsgemäße Gewinnanteile 5958.06 Mk., 10 Proz. Dividende auf 200 000 Mk. Vorzugsaktien 20 000 Mk., 10 Proz. Dividende auf 261 000 Mk. Stammaktien 26 100 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 11 832.38 (8161) Mk.

In der Bilanz erscheinen Außenstände einschließlich Guthaben 353 460 (298 850) Mk., Vorräte 342 826 (106 364) Mk., denen Schulden einschließlich Anzahlungen in Höhe von 447 921 (143 865) Mark gegenüberstehen. ××

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 18. August. Die Vorgänge in Oberschlesien und die anhaltende, sich auch im Verlauf der Börse festsetzende Steigerung der ausländischen Devisenpreise ließ zu Beginn des Börsenverkehrs auf fast allen Marktgebieten Verkaufsneigung stärker hervortreten, die zu einem nicht unwesentlichen Nachgeben der Kurse führte. Hiervon wurden namentlich Montanwerte bei Einbußen bis 8 Prozent und vereinzelt auch 10 Prozent betroffen, mit Ausnahme von einigen wenigen Papieren, und der um 12 Prozent höheren Thale-Aktien. Auch in Farb-, Elektro-, Schiffahrts- und Kali-Aktien führten Realisationen zu einem Nachgeben der Kurse, doch betrugen die Einbußen nur bei A.E.G. 7 Prozent. Feste Haltung zeigte von Beginn an Hirsch-Kupfer, Köln-Rottweiler und wegen der Steigerung der Devisenpreise Valutapapiere, so namentlich Kanada, Baltimore und Deutsche Ueberse-Aktien. Noch in der ersten Stunde war die rückläufige Kursbewegung ziemlich überwunden und es erfolgten zum Teil, ausgehend von einer Besserung in Deutsch-Luxemburg Rückkäufe, die, wenn sie auch nicht die anfänglichen Einbußen überall auszugleichen vermochten, doch zu einer Befestigung der Tendenz führten. Petroleum unterlagen bei stillerem Geschäft nur geringfügigen Schwankungen. Wesentlich gesteigert wurden aber Steaua Romana, Kolonialwerte blieben zunächst vernachlässigt. Am Rentenmarkt wurden Mexikaner wegen der Bezahlung der rückständigen Zinsscheine erneut stark in die Höhe gesetzt.

Devisenkurse.

Berlin, 18. August

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam - Rotterdam	1598 40	1601,60	1553,50	1556,50
Brüssel-Antwerpen	375,60	376,40	364,65	365,35
Christiania	724,25	725,75	714,30	715,70
Kopenhagen	726,75	728,25	716,30	718,20
Stockholm	994,00	996,00	971,50	973,50
Helsingfors	147,85	48,15	144,10	144,40
Italien	237,25	237,75	230,75	231,25
London	175,55	175,95	171,55	171,95
New York	48,45	48,53	47,32½	47,42½
Paris	352,65	353,35	345,65	346,35
Schweiz	806,70	808,30	781,70	783,30
Spanien	729,25	730,75	709,80	710,70
Wien (altes)	21,47	21,53	21,47	21,53
(Deutsch-Oest. abgest.)	22,22	22,28	21,97	22,03
Prag	81,40	81,60	81,40	81,60
Budapest	19,95	20,02	21,92	21,98
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 18. August. Bei gleichen Umsätzen waren die am Hafermarkt erzielten Preise etwas höher als gestern. In Mais wurde loko Ware mit 144 Mark ab Bremen gehandelt, um zu höheren Preisen ab Hamburg angeboten zu werden. Delsaaten waren aus Ostpreußen wesentlich billiger angeboten worden. Ostpreußen ist mit seinen Forderungen von 280 auf 250 Mark heruntergegangen. Schlesische Delsaaten wurden 260 bis 263 Mk. gehandelt. Von Hülsenfrüchten besteht gute Nachfrage für Speiseerbsen und Futterartikel werden viel gefragt. Wetter sehr warm.

Berlin, 18. Aug. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen 2700—2740, loko ab Bahn 2700, sofortige Abladung ab Abladestation 2580 bis 2640. Tendenz behauptet.

+ **Auftrag für Holland.** Die holländische Staatsregierung gab den Neubau und die betriebsfähige Ausführung einer Riesensiegelei, die auf den Staatsminen in Limburg errichtet werden soll, der Firma Feretti und Funck vormals Ab. Francke in Magdeburg in Auftrag. Die Holländer erkannten an, daß die deutsche Ziegelbautechnik, was Ersparnis an Arbeitskräften und Brennmaterial anlangt, dem Auslande überlegen ist.

Die schwierige Lage der westdeutschen Kleineisenindustrie. Der Reichskohlenkommissar hat dem Arbeitgeberverband Remscheid und benachbarter Kleineisenindustrie auf das Ersuchen wegen verbesserter Kohlenversorgung des Bezirkes mitgeteilt, daß infolge des Abkommens von Spa die Lage der westdeutschen Industrie sich voraussichtlich sehr schwierig gestalten und ein erheblicher Teil der Werke zum Stillliegen kommen werde; immerhin solle versucht werden, den Remscheider Bezirk besser zu beliefern.

Gebrüder Unger A.-G. in Chemnitz. Der Aufsichtsrat schlägt wieder 12½ Prozent Dividende vor.

Maschinenfabrik Schieß A.-G. in Düsseldorf. Die Gesellschaft wird für 1919/20 die Dividendenzahlung wieder aufnehmen.

Elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier in Berlin. Die Gesellschaft verteilt für das Geschäftsjahr 1919 eine Dividende von wieder 4½ Proz. auf die Vorzugsaktien und wieder 3 Proz. auf die Stammaktien.

Gewerkschaft Wilhelmshall—Oelshura. Die Gewerkenversammlung genehmigte den Jahresabschluß und beschloß die Erhöhung der Grubenvorstandsvergütung von 1500 auf 3000 Mark für jedes Mitglied und von 3000 auf 6000 Mark für den Vorsitzenden unter Uebernahme der Tantiemesteuer durch die Gewerkschaft. Ueber die Geschäftslage wurde mitgeteilt, das Salzgeschäft habe sich sehr gut angelassen, und es seien wesentlich größere Ueberschüsse erzielt worden als im Vorjahre. Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse lasse sich aber zurzeit noch wenig sagen. Man verhandele gegenwärtig noch mit dem preußischen Fiskus wegen einer Durchfahrung der preußisch-braunschweigischen Grenze, um einen größeren Teil der Gewerkschaft aufzuschließen, wo man auf Grund der früheren Bohrung II besonders günstige und umfangreiche Kalilager anzutreffen hoffe.

Sächsische Bronzewarenfabrik AG. Gej. in Wurzen. Die in Leipzig abgehaltene Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 Prozent neben einem Bonus von 15 Proz. für die alten Aktien und auf 12½ Proz. auf die jungen Aktien fest. Für das neue Geschäftsjahr ist ein reichlicher Auftragsbestand übernommen, der für mehrere Monate Beschäftigung bietet. Jedoch müssen die Aufträge infolge der eingetretenen allgemeinen Kaufunlust nach Vereinbarung mit den Abnehmern gestreckt werden.

Kaiser Otto A.-G., Bereinigte deutsche Nahrungsmittelfabriken in Heilbronn. Die Gesellschaft schließt nach 444 938 (460 126) Mk. Abschreibungen mit einem Reingewinn von 329 387 (134 341) Mk., woraus 8 Proz. Dividende verteilt werden. Die Kaiser Otto A.-G. hat vergangenes Jahr die Einzahlung des Aktienkapitals von 4 Millionen und im laufenden Jahr die Verdoppelung auf 8 Millionen sowie die Aufnahme einer Anleihe durchgeführt.

A.-G. für Cartonnagenindustrie in Loschwitz bei Dresden. Der Generalversammlung wird eine Dividende von 20 Prozent (i. V. 22 Prozent) und ein Bonus von 10 (0) Prozent in Vorschlag gebracht.

Berliner Börse

vom 18. August 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch. VI—IX	73,50
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50
4% „ „	68,50
3½% „ „	58,75
3% „ „	60,75
6% Preuß. Konsols.	65,40
3½% „ „	58,00
3% „ „	51,60
4% Charl. Stadtanl. 89/99	91,50
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs.-Neulandsch. Pfdbr.	100,50
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbr.	95,80
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbr. 1911	97,75
4½% Dessauer Gas Oblig.	98,75
4% Dessauer Gas Obl.	96,50
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	23,00
4% Unger. Goldrente	52,60
4% Unger. Kronenrente	25,50
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	71,25
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	682,00
Allg. Lokal-Str.	95,25
Gr. Berl. Str.	128,75
Magdeburger Str.-B.	148,00
Prinz-Heinrich-B.	—
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	178,50
Hambg. Südamerika	237,00
Hansa-Dampfschiff.	273,25
Nordd. Lloyd	169,50
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür	159,50
Berl. Handelsges.	205,00
Commerz-Diskontobank	160,50
Darmstädter Bank	142,25
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	263,75
Diskonto-Comm.	199,25
Dresdner Bank	162,50
Leipzig. Credit-Anst.	152,75
Mitteld. Kreditbank	141,75
Mitteld. Privatbank	158,00
Nationalbank	149,00
Oesterr. Kredit	78,50
Reichsbank	147,75
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	241,00
Akt. f. Anilin	353,00
Allgem. Elektr. Ges.	286,00
Ammendorfer Papierfabrik	645,00
Anhalter Kohlenw.	295,00
Annaberger Steingut	378,00
Badische Anilin	458,50
Bergmann Elekt. Akt.	242,12
Berl. Masch.-Bau	270,00
Bismarckhütte	620,00
Bochumer Gußstahl	453,00
Chem.-Fabr. Buckau	—
Chem. Griesheim	300,00
Chem. Heyden	345,00
Consolidation Schalk	675,00
CröllwitzerPapierfbk	275,00
Daimler Motoren	211,00
Deutsche Luxemburg	302,00
Deutsche Treuhandgesellschaft	880,00
Deutsche Erdöl	1925,00
Deutsche Gasglühl.	4900,00
Deutsche Kali	426,00
Deutsche Waffen und Mun.	418,00
Donnersmarckhütte	438,00
Döring & Lehrmann	150,50
Dürkoppwerk	451,00
Engelhardt-Brauerei	254,00
Elberfelder Farben	400,00
Felten & Guillaume	417,50
Gasmotoren Deutz	195,50
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	260,00
Gelsenkirchen Berg.	313,50
Glauziger-Zuckerfbk	470,00
Hallesche Maschfbk.	515,00
Hann. Masch.	375,00
Harpener Berg	366,00
Hasper Eisen	584,50
Hirsch Kupfer	299,00
Höchster Farbwerke	351,00
Hoesch Eisen u. Stahl	418,00
Hohenlohe Werke	223,75
Humboldt Masch.	17 ,00
Ilse Bergbau	412,00
Kahla Porzellan	409,75
Keliw. Aschersleben	408,00
Körbisd. Zucker-Akt.	410,50
Kyffhäuserhütte	204,00
Lahmeyer & Co.	187,50
Lauchhammer	591,00
Laurahütte	329,00
Linke & Hofmann	400,00
Ludwig Loewe & Co.	—
Lothringer Hütte	320,00
Mannesmannröhren	415,00
Masch.-Fabr. Buckau	240,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	244,00
do. Caro Hag.	265,50
do. Kekswerke	415,00
Orenstein & Koppel	276,00
Phönix Berg	444,25
Rhein. Metall-Vorz.	285,25
Rhein. Stahlwerken	371,00
Riebeck. Montan	377,50
Rombacher Hütten	287,25
Rositzer Braunk.	400,50
Rositzer Zucker	243,00
Sangerhäuser Masch.	425,00
HugoSchneider A.-G.	248,75
Schuckert & Co.	255,00
Siemens & Halske	250,00
Stettiner Cham.	316,50
Stettiner Vulkan	253,25
Stollberger Zinkh.	314,75
Strals. Spielkarten	365,00
Thale-Eisenhütte	562,00
Triptis Porzellan	229,00
Türk. Tabakregie	732,00
Ver. Köln-Rottweiler	320,00
Ver. Glanzstoff	1140,00
Wegelin & Hübner	168,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	385,00
Westeregeln Alkali	710,00
Wittener Gußstahl	825,00
Wrede Mälzerei	164,00
Zeitzer Masch.	519,75
Zellstoff Waldhof	341,50
Otavi-Minen	861,00

Tendenz: schwankend.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 18. August 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	269,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	136,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	165,00
Mansfelder Gewerkschaft	440,00
Portland, Zementfabrik Halle	160,00
Prehlitzer Braunkohlen	1450,00
Priorit.	—
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200819036/fragment/page=0004